

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 26. Oktober 1929

Nummer 86

Gau Frankfurt-Hessen

Der Gau Frankfurt-Hessen hielt seine 23. Gauversammlung am 6. Oktober im kleinen Saal des „Gewerkschaftshauses“ in Frankfurt a. M. ab. Mit Begrüßungsworten an die Erschienenen eröffnete Kollege Nepeck um 9 Uhr die Verhandlungen, wünschend, daß sie getragen sein mögen von kollegialem Geist und von Verantwortung gegenüber dem Gau und der Gesamtorganisation. Anwesend waren 45 Delegierte und der Gauvorstand, als Gäste vom Graphischen Kartell die Kollegen Grub (Steindrucker), Mey (Buchbinder) und Kalb (Hilfsarbeiter) sowie Misbach vom Ortsausschuß des DGB. Letzterer wünschte der Tagung den besten Verlauf. Kollege Kalb sprach neben dem Dank des Graphischen Kartells für die Einladung den Wunsch aus nach lebhafter Mitarbeit und Unterstützung der Gehilfen überall dort, wo die Hilfsarbeiter noch schwierige Organisationsarbeit zu verrichten haben. Vom Hauptvorstand war ein Begrüßungsschreiben eingegangen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Nepeck s der 101 verstorbenen Gausmitglieder, jugendliche Kollegen, Männer in der Vollkraft ihrer Jahre, aber auch viele, die Jahrzehntlang im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse ihre besten Kräfte zur Verfügung stellten und der Organisation bis ins hohe Alter die Treue hielten. Dem Kollegen Seitz wurde ein längerer Nachruf gewidmet, in dem der Werdegang und die Verdienste des Verstorbenen um die Organisation hervorgehoben wurden.

In seinem Geschichtsbericht wies Kollege Nepeck zunächst darauf hin, daß durch den Beschluß, die Verbandstage nur alle drei Jahre abzuhalten, sich die Folgerung ergeben habe, und zwar auch nur noch alle drei Jahre abzuhalten. Mit Rücksicht auf die umfangreichen Arbeiten, die für die Vorbereitung des Verbandstages in Frankfurt a. M. notwendig waren, war es nicht möglich, den Gautag vor dem Verbandstag abzuhalten, wie es die Aufstellungen vorschreiben. Zu beiden Terminverschiebungen hatte eine Bezirksvorsitzendenkonferenz ihre Zustimmung gegeben. Die gedruckten Jahresberichte der letzten drei Jahre ergänzend, führte Kollege Nepeck aus, daß in organisatorischer Beziehung eine Stetigkeit und innere Festigung festzustellen sei bei uns selbst wie auch bei den übrigen freigewerkschaftlichen Organisationen. Das wurde betont durch den Verlauf unseres Verbandstages, der in seinen Beschlüssen bezüglich Taktik und Kurs des Verbandes eine absolute Einheitsfront ergab, und gleich erfreuliche Wahrnehmungen sind auch bei den Tagungen anderer Organisationen zu machen. Aber auch unsere wirtschaftlichen Gegner sind einiger denn je in dem Bestreben, der sozialen Reaktion zum Siege zu verhelfen. Die Verschärfung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik, die Bestrebungen auf Abbau der Sozialgesetzgebung, besonders der Arbeitslosenversicherung, sind nur Etappen auf dem Wege, der Arbeiterchaft die erkämpften Rechte wieder zu entreißen. Leider hat ein großer Teil der Arbeiterchaft den Ernst der Lage noch nicht erkannt, denn sonst müßte die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bedeutend größer sein als 5 Millionen. In unserem Beruf haben wir allerdings ein günstiges Organisationsverhältnis, auch haben wir nicht die Fluktuationsercheinungen wie woanders. Das ist ein Beweis der inneren Verbundenheit unserer Kollegen mit der Organisation, wofür wiederum die Unterstützungseinrichtungen eine Erklärung bedeuten. Als Ausdruck der Tendenz der sozialen Reaktion schilderte Redner den Verlauf des großen Lohnkampfes der Gruppe Nordwest der Eisenindustrie und zog entsprechende Schlußfolgerungen daraus. Auch ging er auf den im Anschluß daran einsetzenden Kampf um das staatliche Schlichtungswesen ein, bei dem sich das ultrareaktionäre Unternehmensum in trauer Interessengemeinschaft mit den ultraradikalen Arbeitern befand. Des weiteren erwähnte Redner die Inkraftsetzung des Arbeitsgerichtsgesetzes am 1. Juli 1927 und des Gesetzes für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober 1927, die beide wesentliche Fortschritte für die Arbeiterchaft gegen früher bedeuten. Auf die Mitarbeit bei der Durchführung dieser Gesetze ist größter Wert zu legen. Die Bestrebungen des DGB, die Mitarbeiter auf diesen Gebieten zu schulen, wurde vom Gauvorstand dankbar begrüßt und unterstützt. Nach diesen allgemeinen Ausführungen ging Nepeck über zu dem, was

seit dem letzten Gautag in unserer Organisation von Bedeutung zu erwähnen ist. Die Wahlkreiseinteilung im Gau für die Delegiertenwahl zu den beiden letzten Verbandstagen hat sich gut bewährt. Der diesjährige 14. Verbandstag brachte für den Gauvorstand ein gewaltiges Stück Vorbereitungsarbeit. Der Verlauf lohnte aber auch die Mühe. Nach einem Eingehen auf die Beschlüsse des Verbandstages bezüglich der Unterstufungen und der neuen Handbegerpartei schilderte der Redner in längerer Ausführungen mit vielen Einzelheiten die tariflichen Begebenheiten seit dem letzten Gautag, wobei er die Gründe für die Nichtkündigung des Manteltarifs besonders ausführte. Die Arbeitslosigkeit in unserm Beruf ist ein besonders schmerzliches Kapitel. Strengere Durchführung des Einmaschinenystems und eine weniger große Bereitwilligkeit zur Leistung von Überstunden könnten hier Gutes wirken. Gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 10,3 Proz. hatten wir im Gau im Monat August einen Durchschnitt von 7,5 Proz. Die allgemeine Wirtschaftslage und Betriebsstillegungen und Zusammenlegungen sind die Ursachen. In Frankfurt a. M. sind seit dem letzten Gautag neun zum Teil recht ansehnliche Druckerien und eine Schriftgießerei eingegangen; in Kasel ist durch zwei Zusammenlegungen die Zahl der arbeitslosen Kollegen stark gestiegen. Im Gegenlag dazu steht die Neugründung vieler kleiner und kleinster Betriebe, besonders am Vorort, die nicht immer die besten Zustände aufweisen. Trotz aller mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnisse muß die Arbeitslosigkeit eines Teiles der Kollegen stark kritisiert werden. Das macht sich in einzelnen Fällen besonders bei den Betriebsratswahlen bemerkbar. In den Lehrlingsabteilungen herrscht dagegen frisch pulsierendes Leben, und eine ständige Aufwärtsentwicklung ist zu verzeichnen. In bezug auf die Fülle des Gebotenen kann man beinahe zu der Auffassung kommen, daß des Guten fast zu viel getan wird. Nicht zu viel getan wird aber in der planmäßigen Erziehung der Lehrlinge zu bewußten Gewerkschaftsmittgliedern. Im Anschluß an den Verbandstag fand in Frankfurt a. M. der zweite Gau-Zugbuchdruckeritag statt, der gut besucht war und einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß für die Zukunft zu solchen Veranstaltungen ein zentral gelegener Ort gewählt werden muß. Zum Schluß seines Berichtes hat Kollege Nepeck um gerechte Kritik an der Tätigkeit des Gauvorstandes.

Im Anschluß daran gab Kollege Hilsbecher den Bericht über den Stand der Gaukasse. Die Jahresabrechnungen der letzten drei Jahre liegen gedruckt vor. Danach betrug das Vermögen des Gaus am 1. Januar 1929 68.961 M. Durch die Ausgaben für den Verbandstag konnte bis Ende des zweiten Quartals keine Steigerung erwartet werden. Am 30. Juni 1929 war ein Vermögensbestand von 67.305 M. zu verzeichnen, doch ist jetzt wieder ein Anwachsen des Vermögens zu erwarten. Das Geld ist bei den wirtschaftlichen Einrichtungen angelegt. Durch Anführung von Zahlen demonstrierte Redner die Entwicklung der Gaukasse. Bezüglich der zukünftigen Kassengebarung hob er hervor, daß durch den Fortfall des Sterbegebaldes aus der Gaukasse wohl eine Ersparnis von rund 5000 M. im Jahr entstehe, dafür aber eine Mindereinnahme von rund 7000 M. jährlich zu verzeichnen ist durch die Ermäßigung der Rückvergütung aus der Hauptkasse an die Gaukassen von 12½ auf 10 Proz. Mit dem Dank an die Funktionäre für das reibungslose Zusammenarbeiten schloß Kollege Hilsbecher seinen Kassenbericht.

In der Aussprache über die Berichte wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes anerkannt. Dem geäußerten Wunsch nach der Anwesenheit eines Mitgliedes des Verbandsvorstandes auf dem Gautag wurde entgegengehalten, daß wenige Monate vorher die höchste Tagung des Verbandes erst in Frankfurt a. M. war, und daß im Anschluß daran Mitglieder des Verbandsvorstandes und auswärtige Gauvorsteher in allen Bezirken Referate gehalten haben, zum Teil sehr bei dieser Gelegenheit die Güte zu klein gewesen. Die Tätigkeit der Lehrlingsabteilungen erfüllt eine entsprechende Unterbreitung durch die Leiter. Die Sparten-tätigkeit wurde stark in den Vordergrund gezogen und gewünscht, daß die neue Handbegerpartei eine gute Aufnahme finden und eine ebensolche Entwicklung nehmen möge. In Gießen besteht schon seit längerer Zeit eine Handbegervereinigung. Andererseits wurde aber auch die Erwartung aus-

gesprochen, daß durch die Spartenbetätigung nicht das allgemeine Organisationsleben leiden dürfe. Von den Druckern wurde die Tarifierung der neuesten großen Rotationsmaschinen verlangt, da sich hier mancherlei Mißstände gezeigt hätten. Das Überstundenunwesen in den Druckereien wurde stark verurteilt; ebenso die Tatsache, daß ein Buchbindermeister Druckerlehrlinge ausbilden dürfe. Das Problem der Arbeitslosenfrage wurde in Zusammenhang gebracht mit dem Überstundenunwesen. Auch hierin wurde eine tarifliche Regelung gewünscht, da die gesetzliche nicht genüge. Mit überzeugenden Worten wurde nochmals der Kampfscharakter des Verbandes hervorgehoben und die Unterstufungseinrichtungen nur als Mittel zum Zweck bezeichnet; auf Andersdenkende sollen alle Funktionäre entsprechend einwirken. Das gute Vorbild der Erwerbslosen wurde mehrfach als die beste Einwirkung auf die Jugend bezeichnet. Jede andre Betätigung der Kollegen in den Druckerien, z. B. das häusliche Kritzieren von Einrichtungen des Verbandes, von Versammlungsbeschlüssen oder der Person der Funktionäre, wirken als Zerfetzungsarbeit, und besonders die jungen Kollegen würden dadurch mehr abgestoßen, als mit dem tatsächl. angebrachten Stolz auf ihre Berufsorganisation erfüllt. Auf gleicher Linie liege die teilweise geringe Unterstützung der Betriebsräte seitens der Kollegen.

Im Schlußwort erklärte sich Kollege Nepeck zufrieden mit der Beurteilung der Tätigkeit des Gauvorstandes. Er holte den Bericht über die Arbeit der neuen Lehrlingskassenfassungsstelle nach, die sich größtenteils zum Vorteil unserer Bestrebungen auswirken, nur bei einer Handwerkskammer müsse noch etwas mehr Interesse für die Sache vorausgesetzt werden. Beim Gauvorstand sei keine Antipathie vorhanden gegenüber den Sparten oder den Lehrlingsabteilungen, das beweisen die vielfachen und weitgehenden Unterstufungen dieser Einrichtungen. Der Gauvorstand wünscht aber nicht das Übergreifen der Tätigkeit der Sparten auf fremde Gebiete, sondern eine weise Abgrenzung und ein verständnisvolles Einfühlen in die Aufgaben der Gesamtorganisation sowie ein gemeinsames Mitgehen auf dem Wege zur Erfüllung unserer Aufgaben. Bezüglich der Lehrlingsabteilungen muß es bei der Auffassung bleiben, daß in erster Linie die jungen Leute zu tüchtigen Gewerkschaftsmittgliedern und zu ebensolchen künftigen Mitarbeitern im Organisationsleben zu erziehen seien. Dabei verdient die Tätigkeit der Leiter der Lehrlingsabteilungen besondere Anerkennung. Notwendig sei es, daß den Vorständen von allen Mißständen in den Betrieben sofort Mitteilung gemacht wird, damit gleich eingegriffen werden kann.

Die von den Revisoren beantragte Entlastung des Kassierers und des Gauvorstandes wurde einstimmig erteilt.

Aus den Bezirken wurden gleichmäßige Klagen laut über die Arbeitslosigkeit. Der Versammlungsbefug wurde in einem Bezirk als mangelhaft bezeichnet, es fehlen besonders die jungen Kollegen, in den anderen Bezirken ist er gut. Allgemein gesprochen sind die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse in den Bezirken gut; das schließt nicht aus, daß in vielen Einzelfällen, die geschildert wurden, die Vorstände eingreifen mußten. Bezüglich der Überstunden wurde an die maßgebenden Regierungsstellen herangetreten, doch wurde nicht immer der gewünschte Erfolg erzielt. Deshalb wurde wieder auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen: tarifliche Regelung der Überstunden. Die Beschlüsse des Verbandstages wurden gut aufgenommen, nur wegen der Beitragserhöhung kamen aus den kleinsten Druckerden Beschwerden über die neue Belastung. Die espreifliche Tätigkeit der Lehrlingskassenfassungsstelle wurde allseitig hervorgehoben; wenn die Betätigung in diesen Ausschüssen auch sehr viel Arbeit mit sich bringt, so wird sie doch gern und freudig geübt. Im Interesse der Herbeiführung guter Verhältnisse auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Für die Betriebsratswahlen und für die Unterstufung der Betriebsräte mußte (bedauerlicherweise) in Einzelfällen das Interesse geweckt werden. Zusammengefaßt wurde festgestellt, daß trotz geäußertem Pessimismus in Einzelfällen keine Veranlassung zum Schwarzsehen vorliege.

Von den eingegangenen Beiträgen wurde zunächst ein Antrag des Gauvorstandes befand. Aus der Gaukasse wurde bisher ein Sterbegehalt bis zu 200 M. an die

Hinterbliebenen gewährt. Ein besonderer Beitrag wurde hierfür nicht erhoben. Durch den Beschluß des Verbandstages, wonach alle obligatorischen Gauschüsse aufzuheben sind, wurde die Aufhebung dieses Unterstützungszweiges zwangsläufig notwendig. Das haben die Delegierten ein und gaben ohne weiteres ihre Zustimmung zu dem entsprechenden Antrag. Die Mitglieder haben einen Ausgleich für den bisherigen Zuschuß durch die Erhöhung des Sterbegeldes aus der Hauptkasse.

Der Bezirk Kassel hatte den Antrag gestellt, daß statutarisch festgelegt werde, „die Gauskasse trägt die Agitationskosten der Bezirke“. Er begründete den Antrag vor allem mit den Verhältnissen in seinem Bezirk, wo viele kleine Druckorte mit großen Entfernungen vorhanden sind, die viele Kosten verursachen. Dem wurde entgegengehalten, daß die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken zu unterschiedlich sind und, nachdem der Gauvorstand weitestgehendes Entgegenkommen, wie auch bisher schon bewiesen, zugesagt hatte, wurde der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Vom Bezirk Fulda lag folgender Antrag vor: „Die Bezirksvorsteher nehmen an der Gauversammlung ohne Wahl mit allen Rechten teil.“ Die Begründung stellte die Tatsache fest, daß aus den kleineren Bezirken meist nur zwei Delegierte kämen, und als solche würden der Vorsitzende und der Kassierer gewählt. Es bestעה aber auch das Bedürfnis, daneben noch andere Kollegen an den Gauversammlungen teilnehmen zu lassen, die agitatorische Wirkung sei nicht zu unterschätzen. Die etwaige finanzielle Belastung sei nicht groß und könne von der Gauskasse getragen werden. Nachdem sich der Gauvorstand für den Antrag ausgesprochen hatte, wurde er gegen vier Stimmen angenommen.

Im Antrag Gießen: „Auf den Stimmzetteln ist hinter jedem Namen anzugeben, zu welcher Sparte der Kandidat gehört, z. B. Handseher, Maschinenseher, Drucker usw.“, wurde zunächst das Wort „Sparte“ in „Beruf“ geändert. Die Begründung für den Antrag, die aus der beschließenden Versammlung in Gießen übernommen wurde, konnte nicht überzeugen, und als sich auch der Gauvorstand gegen den Antrag stellte, wurde er zurückgezogen.

Im Jahre 1930 feiert der Gau Frankfurt-Hessen sein 50jähriges Bestehen. Es entsteht nun die Frage, in welcher Form dieses Jubiläum gefeiert werden soll, und zwar besteht die Möglichkeit, eine große zentrale Feier am Gauvorort abzuhalten oder in jedem einzelnen Bezirk besondere Veranstaltungen, etwa in Verbindung mit den Johannisfesten, abzuhalten. Die Meinungen hierüber waren geteilt, auch im Gauvorstand, wobei die Kostenfrage eine Rolle spielte, nachdem die Gauskasse in diesem Jahre bedeutende Aufwendungen anlässlich des Verbandstages zu tragen hatte. Die Kosten kommen insofern stark in Betracht, als auch zu erwägen ist, ob aus Anlaß des Jubiläums eine Festschrift zusammengestellt werden soll. Soll sie einwandfrei sein, dann bedingt sie sehr viel Arbeit und Kosten, eine unvollkommene Festschrift dagegen ist wertlos. Eine Schwierigkeit besteht darin, daß wohl aus der Anfangszeit Material vorhanden, die späteren Zeiten aber große Lücken aufweisen. Die umfangreiche Ausprache hierüber brachte als Ergebnis den Auftrag für den Gauvorstand, im nächsten Jahre eine zentrale Feier am Gauvorort zu veranstalten und die Geschäfte des Gaus in einer Festschrift zusammenzufassen.

Die nächsten Tagesordnungspunkte waren mehr formaler Natur. Die nächste Gauversammlung soll wieder in Frankfurt a. M. stattfinden; ebenso wurde Frankfurt a. M. als Gauvorort bestimmt. Kollege Nepeas als Gauvorsteher und Kollege Hilsbecher als Gauskassierer wurden einstimmig bestätigt. Für außerordentliche Unterstützungen wurde dem Gauvorstand die gesamte Gauskasse zur Verfügung gestellt. Der Gaubeitrag wurde in alter Höhe beibehalten. Die Entschädigung für den Gauvorstand und für die Bezirkskassierer sowie die Tagesgelder für die Delegierten wurden nach den Vorschlägen der dafür eingesetzten Kommission festgesetzt.

Unter „Erziehung d. n. e.“ teilte der Gauvorstand mit, daß Kollege Fiedler im November in allen Bezirken des Gaus über die Handseherpartei sprechen wird. Seitens der Delegierten wurden dann noch eine Reihe von Wünschen und Anregungen geäußert, die erfüllt und ausgewertet werden sollen. Zum Schluß entstand noch eine lebhafte und ausgedehnte Aussprache über die Art der Wahlen. Es war nämlich im Laufe des Tages geäußert worden, die Neuwahl für den Gauvorstand sei nicht mehr zeitgemäß. Da ein entsprechender Antrag nicht in die Tagesordnung eingefügt war, mußte die Aussprache bis zum Schluß zurückgestellt werden. Es wurde die Meinung vertreten, die Wahl des Gauvorstandes müsse auf dem Gauort erfolgen, denn hier könne die Tätigkeit des Gauvorstandes besser gewürdigt werden, als dies vielfach von den Kollegen geschieht, die teilweise die einzelnen Vorstandsmitglieder gar nicht kennen. Auch sei die Wahl hier nicht von Zufälligkeiten abhängig; so sei es bei der Urwahl zum Gauort vorgekommen, daß auf den alphabetisch geordneten Kandidatenlisten einfach die letzten Namen gestrichen würden ohne Prüfung der Person, so daß mancher für die Organisation tätige und wertvolle Kollege hinten herunterfalle. Die andre Meinung sah in der Befestigung der Urwahl eine Verletzung der Demokratie, dem wieder entgegengehalten wurde, daß dem Rechnung getragen werde durch die Urwahl zum Gauort. Ein Beschluß konnte nicht gefaßt werden, da ein diesbezüglicher Antrag nicht vorlag, doch einigte man sich dahin, daß die Kandidatenlisten für die Urwahl nicht mehr in alphabetischer Reihenfolge auf-

gestellt werden sollten, sondern in der Reihenfolge der auf den einzelnen Kandidaten in der aufstellenden Versammlung entfallenden Stimmen. Der Gauvorstand gab den Anregern der Angelegenheit anheim, zur nächsten Gauversammlung einen Antrag zur Änderung des Wahlmodus zu stellen.

Gegen Mittag wurden die Verhandlungen der Gauversammlung unterbrochen, um die Ehrung zweier Kollegen vorzunehmen, die 50 Jahre dem Verbands die Treue bewahrt hatten, Theodor Müller und Theodor Mittelberger. Eingeleitet und beendet wurde die Feier durch die Vorträge des Gesangsvereins „Gutenberg“. Kollege Nepeas hielt eine Ansprache, die in sinniger Weise die Tatsache dieses Jubiläums der Alten mit den Ausführungen der Delegierten über die heutige Jugend in Verbindung brachte. Die übliche Widmung von Verbands- und Gauvorstand wurde überreicht, und nach Worten des Dankes der Jubilare wurde in den Verhandlungen fortgefahren.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Nepeas und einem Hoch auf den Verband wurde die Gauversammlung um 6 Uhr abends geschlossen.

Am Abend vor der Gauversammlung hielt die Sterbekasse für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im Gau Frankfurt-Hessen ihre Generalversammlung ab. Anwesend waren 26 Delegierte. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß am 1. Juli 30 Jahre verfloßen waren, seit in Kassel eine Witwen- und Waisenkasse mit einem sehr langen Namen gegründet wurde, die Vorläuferin der heutigen Sterbekasse. Die obligatorische Einführung der Kasse im Gau hatte ein damaliger Gauort mit Mehrheit abgelehnt. Im Rechenschaftsbericht bezeichneter Vorstand damals diesen Beschluß als unbegrifflich. Durch den angeführten Beschluß wird die Sterbekasse heute aber vor der Auflösung auf Grund der Verbandstagsbeschlüsse bewahrt, da sie ihren fakultativen Charakter bis jetzt aufrechterhalten hat. 1906 wurde die Auflösung der Witwenkasse und die Umwandlung in eine Sterbekasse beschlossen; die Witwen wurden abgefunden und der Sitz der Kasse 1907 nach Frankfurt verlegt. Die Sterbekasse nahm eine sehr günstige Entwicklung, bis die Inflation das Vermögen vernichtete. Mit 20.34 M. wurde die Inflation überstanden; nur die in Kriegsanleihe angelegten Gelder warten noch auf die praktischen Folgen der Aufwertung. Heute hat die Sterbekasse wieder ein Vermögen von rund 34 000 M. bei 1822 Mitgliedern, also die Hälfte der Gaumitglieder des Verbandes. Im letzten Jahr wurden für 27 Sterbefälle (17 Mitglieder, 9 Ehefrauen und ein Kind) 7945 M. ausgegeben. Die Entwicklung der Kasse ist eine gute, deshalb wurde von einer Beitragserhöhung abgesehen. Ein Antrag: „Stirbt ein Mitglied der Sterbekasse vor der Ehefrau, so ist dieser die Möglichkeit zu geben, ihren Anspruch auf das Sterbegeld durch Weiterzahlung des Beitrages aufrechtzuerhalten“, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt, da er den Charakter der Sterbekasse wieder ändern würde. Nach einer Aussprache über die Werbemöglichkeit für die Kasse war die Generalversammlung nach rund 1½ stündiger Dauer beendet.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Am 1. Oktober traten die Kollegen Wilhelm Schiegl, Angestellter des Reichsvereins der Buchdruckerei- und Zeitungsarbeiter und Mitglied des Nationalrates, und Moriz Spillmann, Leiter des Arbeitsnachweises für das graphische Gewerbe in Wien, in den wohlverdienten Ruhestand. Eine aus diesem Anlaß vom Zentralauschuß des Reichsvereins Anfang Oktober veranstaltete Abschiedsfeier, die in Vertretung des österreichischen Buchdruckerverbandes dessen Obmann, Kollege Remecek, und Kollege Thurner bewohnten, zeigte so recht, welcher hohen Wertschätzung sich Schiegl und Spillmann erfreuen. In seiner Festrede hob der Obmann des Klubs der Wiener Zeitungsseher, Kollege Schestak, die besonderen Verdienste der beiden Kollegen um die Schaffung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe im ehemaligen Österreich hervor. Beide Kollegen haben Jahrzehnte hindurch in den verschiedensten arbeitsreichsten und verantwortungsvollsten Funktionen und Ausschüssen in vorbildlicher Weise der Organisation gebietet und sich so Dank und Anerkennung nicht nur der Kollegen, sondern weit darüber hinaus auch unter der übrigen Arbeitererschaft erworben. Kollege Schiegl wird dem Nationalrat, in dem er eine Autorität auf finanztechnischem Gebiete ist, noch weiterhin angehören. — Eine vor kurzem veranstaltete mächtige Kundgebung der graphischen Arbeitererschaft Wiens befaßte sich mit der gespannten politischen Situation und der Stellung der Gewerkschaften hierzu. Bekanntlich macht die wiedererwartete und geante Reaktion gewaltige Anstrengungen, wieder zur Alleinherrschaft zu gelangen und die Arbeiter nach schäblichem Muster von jedem Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Staate und in den Gemeinden wieder auszuschalten, mit einem Worte, eine Rechtsdiktatur gegen die Arbeiter aufzurichten, zu welchem Zwecke sich die Reaktion eine eigene, schwer bewaffnete Garde, die Heimwehr, schuf, die ganz offen mit Putz und Bürgerkrieg droht. In einer von der Zeitung des Graphischen Kartells beantragten und einstimmig angenommenen Entschließung wird gegenüber dem arbeitfeindlichen Treiben der Reaktion u. a. erklärt, daß die

graphischen Arbeiter jeden Versuch, die Arbeitererschaft in ihren gesetzlichen Rechten zu schädigen und die sozialen Erwerbsverhältnisse zu verschlechtern, auf das schärfste bekämpfen wird. Die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen einmütig hinter dem Bund der freien Gewerkschaften und sind entschlossen, die Rechte und die Zukunft der Arbeitererschaft mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verteidigen und auch alle wie immer gearteten Ausnahmemaßegehe, die gegen die Arbeiter gerichtet sind, zu bekämpfen. Der Vorsitzende, Kollege Schmitt, schloß die Versammlung mit den Worten: „Es ist eine Zeit gekommen, die von der Arbeitererschaft vielleicht Opfer verlangt. Wir leben in einer geschichtlichen Stunde und glauben annehmen zu dürfen, daß sich die gesamte graphische Arbeitererschaft ihrer würdig erweisen wird!“ Die politische Lage ist nach wie vor bedenklich, die Arbeitererschaft aber steht auf der Wacht.

Ungarn. Vom 7. bis 10. Oktober wurde in Budapest die in dreijährigen Perioden stattfindende Generalversammlung des ungarischen Buchdruckerei- und Verbands abgehalten. Anwesend waren 79 Delegierte, das Landeskomitee, Vertreter des ungarischen Gewerkschaftsbundes, der graphischen Verbände, der sozialdemokratischen Partei, der Ausschuß, die Revisionskommission, ferner Kollege Krauß als Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Kollege Remecek vom Verband der Buchdrucker der Tschechoslowakischen Republik und die Kollegen Schmitt und Scheffal vom österreichischen Reichsverein. Kollege Rothemann eröffnete die Delegiertenversammlung. Er gedachte in pietätvoller Weise der seit dem letzten Verbandstag verstorbenen Kollegen und begrüßte mit herzlichsten Worten die ausländischen Gäste sowie alle sonstige Erschienenen. Von den Gästen wurden Begrüßungsansprachen gehalten. Dann erstattete Kollege Desider Berner Bericht über die dreijährige Tätigkeit des ungarischen Verbandes. Vor drei Jahren wurde beschloffen, für die Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter eine Invalidentafel zu gründen, wenn dies die Mehrheit der Interessenten für notwendig findet. In dieser Angelegenheit wurde seinerzeit eine Urabstimmung veranstaltet, in der die Gründung einer Invalidentafel Ablehnung fand. Es erfolgte sodann die Liquidation mit den Verbänden der von Ungarn abgetrennten Gebiete, es lagen u. a. Vorschläge vor im Interesse der Fortbildung, in Sachen der Arbeitslosen- und Invalidentafelunterstützung, welche beiden Kassen über ihre Kräfte in Anspruch genommen sind. Dies bezüglich entnehmen wir einige Daten dem in Druck erschienenen Bericht: Die Zahl der Mitglieder beträgt 7108, und zwar 2829 Handseher, 627 Maschinenseher, 851 Maschinemelter und Drucker, 209 Schriftgießer und Stereotypseher, 38 Gehilfenmonteure, 1882 Arbeiterinnen und 543 Hilfsarbeiter. Das Gesamtvermögen des ungarischen Buchdruckerverbandes betrug Ende 1928 1750 399,96 Pengö. Die Einnahme an Mitgliedsbeiträgen während der letzten drei Jahre beträgt zusammen 2610 356,59 Pengö, davon wurden für Unterstützungen zusammen 2 002 204,78 Pengö ausbezahlt. Im letzten Jahre wurden vier Fünftel der Einnahmen dieses Jahres für Unterstützungen ausbezahlt. Der Referent führte ferner aus, daß sich der Kasseebestand in diesem Jahre besonders verschlechtert hat. Vom 1. Januar bis 30. September betragen die sämtlichen Einnahmen 820 743,24 Pengö, die Ausgaben 896 745,66 Pengö, der Kasseebestand weist also während der letzten neun Monate 76 002,42 Pengö Defizit auf. Ein weiteres Defizit ist zu befürchten. Dies veranlaßte den Ausschuß, eine Erhöhung der Beiträge und einige Änderungen des Statuts für den Bezug der Unterstützungen vorzuschlagen. Gegenwärtig sind 1400 Mitglieder arbeitslos, 250 im Krankenstand, also von den 7200 Mitgliedern 1650 Mitglieder. 5550 zahlende Mitglieder haben die erhöhten Lasten zu tragen. Wenn man hierzu die 303 Invalidentafelmitglieder 1700, gleich 25 bis 27 Proz. der gesamten Mitgliedschaft. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und dem Ausschuß einmütig Entlassung erteilt. Eine größere Debatte verurteilte der Vorschlag des Ausschusses in Sachen der Fortbildung. Dem Vorschlag, die Frage jetzt in der Schweiz zu lassen und in günstigeren Zeiten der Gründung einer Fortbildungsabteilung näherzutreten, wurde zugestimmt. Die wichtigeren Statutenänderungen waren: der Wochenbeitrag wurde für Gesellen von 3,50 auf 5 Pengö, für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen von 2 auf 3,50 Pengö erhöht. Dagegen wurde die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützungen verlängert, und zwar um 91 Tage. Bisher bekamen die arbeitslosen Kollegen 126 Tage hindurch täglich 3,43 Pengö Arbeitslosenunterstützung, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten 126 Tage hindurch 2 Pengö und 70 bzw. 91 Tage ein Pengö Arbeitslosenunterstützung. Vom 1. November 1929 an tritt hierzu eine weitere Unterstützung von 1,72 Pengö täglich auf die Dauer von 70 Tagen. Wenn der Kasseebestand es erlaubt, kann diese Unterstützung noch um weitere 21 Tage, also auf höchstens 91 Tage, verlängert werden. Die neuen Unterstützungen treten am 17. November d. J. in Kraft. Wer die vom Stellvertreter angebotene Kondition ohne genügende Begründung zurückweist oder von der Stellvertreterin unbegründet fern bleibt, kann aus dem Verband ausgeschlossen werden. Nach Inkrafttreten der neuen Statuten haben die Kollegen 280 Tage hindurch Anspruch auf 2 Pengö tägliche Reiseunterstützung, gegen bisher 1,60 Pengö. Mitglieder der im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Buchdruckerverbände

haben auf 1,60 Pengö tägliche Reiseunterstützung Anspruch, wenn diese in Ungarn noch keine 26 Wochenbeiträge leisteten. Die Invalidenunterstützung wurde für die erste Staffel mit 520 Wochenbeiträgen von 15,60 Pengö auf 12 Pengö, für die zweite Staffel mit 780 Wochenbeiträgen von 18,60 auf 15 Pengö herabgesetzt. Diese Herabsetzung hat jedoch keine rückwirkende Kraft bezüglich der in diesen Staffeln bereits im Bezuge der Unterstützung befindlichen Invaliden. Bei den übrigen Arzengen bleiben die bisherigen Unterstützungen bestehen, und zwar nach 1040 Beiträgen wöchentlich 19,50, nach 1300 Beiträgen 20,50, nach 1560 Beiträgen 21,50, nach 1820 Beiträgen 24 Pengö. Diejenigen Mitglieder, die 1820 Wochenbeiträge eingezahlt, jedoch ihr 60. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, können nur laut ärztlichem Gutachten in den Invalidenstand aufgenommen werden. Nach stundenlangen Debatten wurde hierzu noch beschlossen, daß Kollegen, die 1820 Wochen eingezahlt, jedoch konditionslos wurden, und in der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert sind, auch ohne ärztliche Unterstüfung in den Invalidenstand übernommen werden können, bis sie wieder Kondition bekommen. Die Witwenabfindung wurde in den neuen Statuten statt der bisherigen vier Stufen in sechs Stufen eingeteilt, und zwar entsprechend der Zahl der geleisteten Beiträge statt bisher 200, 600, 800 und 1200 Pengö auf 200, 400, 600, 800, 1000 und 1200 Pengö festgesetzt. Die Sätze werden nach den Beitragsstaffeln von 260, 520, 780, 1040, 1300 und 1560 Wochen bemessen. Die Begräbnisunterstützung beträgt 144 Pengö für diejenigen Hinterbliebenen, die die Begräbniskosten tragen. Hinterbliebene, die keine andre Unterstützung als die vom Verband erhalten bekommen, 200 Pengö Begräbnisunterstützung. Die übrigen Änderungen des Statuts sind meist verwaltungs technischer Natur. Auf Wunsch gewährte die Delegiertenversammlung künftig auch den Arbeiterinnen Vertretung im Komitee des paritätischen Arbeitsnachweises. Die Frage der Arbeiterinnen-Zwangsabfindung wird auf Wunsch der Arbeiterinnen nochmals einer Urabstimmung unterworfen, in welcher die Arbeiterinnen selbst über diese Frage zu entscheiden haben werden. Der von Arbeiterseite vor einigen Monaten gewünschte Stellenvermittler des paritätischen Buchdrucker-Arbeitsnachweises wurde in seiner Stellung nach leibenschaftlicher Debatte nicht bestätigt. Danach wurde der Verbandsvorstand gewählt. Die Vorsitzenden blieben die bisherigen Kollegen: Moritz Rothenstein, Vorsitzender; Wilhelm Wielenberger, erster Obmannstellvertreter; Béla Schmidt, zweiter Obmannstellvertreter. Es folgten einige weitere Vorschläge, und mit deren Erledigung wurde die Delegiertenversammlung des ungarischen Buchdruckerverbandes beendet. Darauf wurde noch der Bericht des Landeskomitees, der sich nur mit organisatorischen tariflichen Angelegenheiten beschäftigt, verhandelt. Der Bericht wurde nach eingehender Debatte zur Kenntnis genommen, dem Komitee Entlastung erteilt und das neue Komitee gewählt. Der Leiter der freien Organisation (das ist die ungarische Tariforganisation, die gleich der früheren deutschen Tarifgemeinschaft, eine besondere Mitgliedschaft erfordert), Kollege Wielenberger, und der Schriftleiter der „Typographia“, Kollege Labislaus Bruniller, wurden in ihren Stellungen bestätigt. Damit waren die Verhandlungen des ungarischen Buchdruckerparlamentes, die einen würdigen und sachlichen Verlauf nahmen und auch von einer außergewöhnlichen Opferfreude der Mitglieder für ihre Organisation Zeugnis ablegten, beendet. Die ungarischen Gewerkschaften stehen noch immer unter dem Druck der Fokthyp-Diktatur. Im Verhandlungsfall ein überwachender Polizeioffizier, als weitere Organe der heiligen Hermandad ein stämmiger Polizeimann und auf der Fußzertribüne ein Kriminalist, dazu im Vorraum weitere sechs Polizisten — so muß unser ungarländischer Bruderverband zu den ihn bewegenden Fragen Stellung nehmen. Kritik an diesen Überwachungsmaßnahmen ist unerlaubt, ist Staatsverbrechen! Das zeigte den ausländischen Vertretern dröselig ein Vorgang am Schluß des Verbandstages, als Kollege Rothenstein in seiner Dankrede, zu den Ausländern gewendet, auf den Unterschied hinwies, der zwischen diesen Verhältnissen und denen der freien demokratischen Länder besteht und in vorzüglicher Form das Unwürdige dieses Zustandes andeutete. Der Polizeioffizier erhob sofort Einspruch gegen die Fortsetzung solcher „aufreizenden“ Reden, allerdings mit dem fragwürdigen Erfolg, daß der gesamte Verbandstag in heftige Proteste ausbrach und seinem Vorsitzenden eine ebenso klirrende wie surschallig dargebrachte Ovation bereitet. Kaum war der Vorgang beendet, da betraten — telefonisch herbeigerufen — schon ein weiterer hoher Polizeioffizier und ein Kriminalist den Saal, um die von niemand bedroht gewesene Staatshoheit zu schützen. Aber es war zu spät. Der Verbandstag hatte seinen wirkungsvollen Abschluß gefunden. Für die ausländischen Vertreter aber war der spontane Gefühlsausbruch der Delegierten geradezu herzerquickend, wenn sie auch selbst daran flügerweise nicht teilnehmen durften; er war aber ebenso ein Stimmungsbarometer, das uns anzuzeigen schien, daß auch Ungarns Arbeiterbewegung einst wieder frei sein wird. Ihre herzlichsten Sympathien begleiten sie bei ihrer ferneren Entwicklung.

Tschoschowski. Der gegenseitige Austausch der Anträge zu den am 29. Oktober beginnenden Tarifverhandlungen erfolgte am 21. September. Als ein Zeichen der Zeit muß es gewertet werden, daß vor einiger Zeit eine Aktion der tarifuntreuen Unternehmer (von



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Emil Siebel in Pagen
Eingetreten: 29. Oktober 1879 — Jetzt Invalide



1155 Buchdruckereibetrieben in dem Gebiete des Verbandes waren im Vorjahre 147 [12,73 Proz.] tarifunten, einsekte, die alle Anstrengungen machen, sich zu organisieren und in ihre Reihen auch noch die Inhaber tariftreuer kleiner und mittlerer Betriebe aufzunehmen. Die Veranstalter der Bewegung, von denen nicht einer der Tarifgemeinschaft angehört, schieden an alle tariffreien und tarifuntreuen Inhaber von Druckereien der vorerwähnten Kategorie in allen Provinzen ein vertrauliches Rundschreiben, in dem sie aufgefordert wurden, sich zu sammeln, sich zu vereinigen, und bei der bevorstehenden Tarifrevision so ihren Einfluß geltend machen zu können. Diese zweite Strömung im Unternehmerlager, der geplante Zusammenschluß der kleinen und mittleren Buchdruckereibesitzer zu einer „wirtschaftlichen Interessengemeinschaft“, wird damit begründet, daß ihre „Belange“ in der jetzigen Unternehmerorganisation nicht genug geschützt werden und die Interessen der Großbuchdruckereibetriebe vielfach denen der kleinen zuwiderlaufen. In Wahrheit liegt dieser Organisation der kleinen und mittleren Betriebe nichts an tariflicher Festsetzung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Leistung an den Sechsmaschinen usw., ihnen ist es mit ihrer Aktion in der Hauptsache darum zu tun, maßgebenden Einfluß auf die Preisprinzipale zu erlangen, da es ihnen nur auf diesem Wege möglich ist, ihr Hauptziel, die Erweiterung der tariflich festgelegten Lehrlingszahl, zu erreichen. Die Gehilfenschaft — und mit ihnen hoffentlich auch der tariffreie, anständige Teil der Unternehmerschaft, dessen wirtschaftliche Grundlagen gleichfalls durch ihre „Kollegen“ von der andern Seite gefährdet werden — wird dieser Vereinigung von Gewerkschaftigern jedenfalls das entsprechende Augenmerk zuwenden.

Belgien. Aus unserm letzten Bericht ging bereits hervor, daß der belgische Typographenbund unmittelbar vor einer Erhöhung der Beiträge stand. Die Vorgesprächen dazu dauerten schon eine geraume Zeit, und es war sogar in Aussicht genommen, bei Gelegenheit dieser Neuordnung der Beitragsätze eine Maßnahme zu treffen, der eine gewisse organisatorische Tragweite nicht abzusprechen ist, weil sie die Frage der Schaffung des Industrieverbandes im graphischen Gewerbe einen guten Schritt nach vorwärts gebracht hätte. Lithographen und Buchbinder sind bekanntlich in einem Einheitsverband zusammengeschlossen, während die Buchdrucker die Autonomie ihres Verbandes bisher aufrecht erhalten haben und nur für die gemeinsamen Lohnabkommen in einem Kartellverhältnis zu den andern Gruppen stehen. Es war nun geplant, die Beiträge der graphischen Verbände (Buchdrucker, Lithographen und Buchbinder) einheitlich zu gestalten, um dadurch auch zu gleichartigen Unterstützungsätzen in allen Branchen des Gewerbes zu gelangen. Die Einheitsbeiträge und die Einheitsunterstützungen würden wahrscheinlich zur Folge haben, daß bei zukünftigen Lohnbewegungen Reibungen und Zwistigkeiten ausgeschlossen blieben, die in der Vergangenheit manchmal nicht ohne Einfluß auf den Ausgang der eingeleiteten Aktion waren. Von den beteiligten Verbänden war eine gemeinsame Kommission eingesetzt worden, die geeignete Vorschläge ausarbeiten sollte. Den Typographenbund vertreten in dieser Kommission der Hauptkassierer De Volle und Redakteur Van Haefendonk. Die Kommissionsvorschläge fanden aber nicht den Beifall des Zentralvorstandes des Buchdruckerverbandes. Aus Gründen, die vorläufig unerörtert bleiben sollen, hielt man daran fest, daß der Typographenbund unabhängig von den andern Organisationen des graphischen Gewerbes seine Finanzpolitik betreiben müsse, und man einigte sich auf folgende Sätze: Für die Mitglieder der ersten Kategorie werden die Wochenbeiträge auf 4,50 Fr. festgesetzt; für Mitglieder der zweiten Kategorie auf 3,10 Fr.; für Mitglieder der dritten Kategorie auf 2,25 Fr. An Unterstützungen sollen in Zukunft bezahlt

werden: Für Mitglieder der ersten Kategorie: Arbeitslosenunterstützung 18 Fr. täglich oder 108 Fr. wöchentlich, Streik 20 resp. 120 Fr., Krankheit 9 resp. 54 Fr.; für Mitglieder der zweiten Kategorie: Arbeitslosenunterstützung 12 resp. 72 Fr., Streik 13 resp. 78 Fr., Krankheit 6 resp. 36 Fr.; für Mitglieder der dritten Kategorie: Arbeitslosenunterstützung 9 resp. 54 Fr., Streik 10 resp. 60 Fr., Krankheit 4,50 resp. 27 Fr. Diese Sätze treten nach ihrer Ratifizierung durch den Landeskongreß sofort in Kraft. Die Erhöhung des Beitrages beträgt für die erste Kategorie 0,75 Fr.; als Gegenwert dafür wird die Arbeitslosenunterstützung um 6 Fr. täglich erhöht. Es werden schon Stimmen laut, die behaupten, diese Erhöhung der Beiträge werde nicht die erwartete Stärkung der Verbandsfinanzen ergeben, weil die vorgeschlagenen Mehrleistungen verhältnismäßig zu hoch seien und voraussichtlich die ganzen Mehreinnahmen beanspruchen würden. Die Erfahrung wird lehren, inwieweit diese Einwendungen berechtigt sind. — Das Lohnabkommen vom 1. Juli dieses Jahres stabilisierte die Löhne bis zur Indexziffer 880. Der Septemberindex verzeichnet einen Stand von 889, und demgemäß tritt ab 1. Oktober eine Neuordnung der Löhne ein. Sie stellen sich nun wie folgt: Für Brüssel: in Verdruckereien: Handseker 343,75 Fr., Maschinenseker 355,75 Fr., Monotypseker 358,75 Fr., Drucker 343,75 Fr. resp. 355,75 Fr. (je nach der zu bedienenden Maschine), Einleger 280,15 Fr. resp. 262,20 Fr. In Zeitungsdruckereien mit hebemal wöchentlich erscheinenden Blättern: Handseker 359,75 Fr., Maschinenseker 372,75 Fr., erster Rotationsmaschinenseker 366,75 Fr. resp. zweiter 337,25 Fr., erster Stereotypseker 368,75 Fr. resp. zweiter 354,75 Fr. In Zeitungsdruckereien mit sechsmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen: Handseker 343,75 Fr., Maschinenseker 355,75 Fr., Rotationsmaschinenseker 355,75 Fr., Stereotypseker 358,75 Fr. resp. 343,75 Fr. Die Löhne der Lehrlinge betragen für Brüssel 120,30 Fr. resp. 188 Fr. — Für die Provinz sind die Minimallohne festgesetzt wie folgt: Dieß, Grammont, Renais, Roulers, Tongres 244,70 Fr., Hasselt, Tirlemont 246,70 Fr., Vestines-Ath 251,20 Fr., Atton, Ottende, Alost, Bruges, Huy, Malines, Courtrai 272,10 Fr., Court-St.-Gienne 275,95 Fr., St. Nicolas, Tournai 278,30 Fr., Turnhout, Braine-le-Comte, Louvain 280,65 Fr., Namur 278,60 Fr., Liège 290,70 Fr.; Gand 291,45 Fr., Serviers 293,20 Fr., La Louvière 294,70 Fr., Mons 300,45 Fr., Charleroi 302,95 Fr., Antwerpen 303,70 Fr. Diese Löhne beziehen sich auf die Handseker; für die andern Kategorien treten die unter Brüssel verzeichneten Zuschläge hinzu.

Frankreich. In unserm letzten Bericht haben wir die Forderungen wiedergegeben, die die elsässische ringische Gehilfenschaft an die Prinzipalität gerichtet hat und die aus den Beratungen des Mecher Regionalkongresses hervorgegangen sind. Man war auf der Gehilfenseite der — vielleicht zu optimistischen — Ansicht, daß bei beiderseitigem guten Willen von einer regelrechten Kündigung des Tarifs Abstand genommen werden könne, und gedachte die Differenzen vor Ablauf des gegenwärtigen Tarifs (31. Dezember 1931) ins reine zu bringen. In dem Begleitreiben zu seinen Anträgen hatte der Gehilfensverband um Antwort vor dem 1. September ersucht. Aber die Unternehmer sind überall aus dem gleichen Holze geschnitten. Die Gewährung der bescheidensten Forderungen muß erkämpft werden, das Wort „Entgegenkommen“ steht nicht in ihrem Vokabular. Unterm 30. August ging dem stellvertretenden Vorsitzenden des Gehilfensverbandes, Kollegen Buchmann, ein Schreiben des elsässischen Prinzipalsverbandes zu, das in bittren Worten, unter Hinweis auf die viel schlechteren Lohnverhältnisse in den benachbarten Departements, die Unmöglichkeit betonte, auf irgendwelche Forderungen der Gehilfen einzugehen und darum einfach die Zurückziehung der dahingehenden Ansprüche verlangte, d. h. die Beibehaltung des Status quo vorläufig. Ein Schreiben des lothringischen Prinzipalsverbandes vom gleichen Datum faute in dieselbe Kerbe und kam nach einer weitläufigen Begründung seiner Haltung zu den gleichen Schlußfolgerungen. Dieses Schreiben hebt u. a. hervor, daß die Löhne in den benachbarten Departements zwischen 22 und 28 Fr. schwanken, während in Lothringen der Minimallohn sich auf 48,20 Fr. beläuft, der Durchschnittslohn aber 4 bis 5 Fr. höher sei. Die Folge davon sei eine fast katastrophale Abwanderung von Druckaufträgen nach Innerfrankreich. Besonders die Schwerindustrie und der Großhandel bezögen ihren Druckbedarf ausschließlich von auswärts. Der Verlust, den das graphische Gewerbe in Lothringen dadurch erleide, belaufe sich auf mindestens 2 Millionen Franks pro Jahr. Die neuen Forderungen der Gehilfen stellten eine weitere Mehrbelastung für die Preisberechnung von 17,75 Proz. dar, und dieses Plus sei dazu angetan, das Gewerbe unweigerlich auf den Hund zu bringen. Einer Entgegnung von Gehilfenseite, daß die heimliche Schmutzkonzurrenz der vielen kleinen Betriebe in Lothringen eine viel größere Schädigung des Gewerbes darstelle, als die Konkurrenz der benachbarten Departements, tritt der Prinzipalsverband mit dem mehr als sonderbaren Argument entgegen, es müsse um die Lohnverhältnisse der lothringischen Gehilfenschaft nicht so schlecht bestellt sein, da es so vielen aus deren Reihen möglich war, sich selbständig zu machen. Wie die elsässische, so verlangt auch die lothringische Prinzipalität die unveränderte Beibehaltung des jetzigen Tarifvertrages. Der Gehilfensverband konnte trotz dieser großangelegten Staumacherei von seinen Forderungen nicht abgehen. Er

hat nach Befragung der Mitglieder in glänzenden besuchten Versammlungen die Rindigung des Tarifs beschloffen mit dem festen Willen, für die Verwirklichung der Forderungen mit allen Mitteln einzusetzen.

Großbritannien. Der Beschäftigungsstand im englischen Buchdruckgewerbe ist noch immer ziemlich günstig. Die Zahl der Arbeitslosen bleibt zwar im allgemeinen noch über dem Normalstand, doch haben die Buchdrucker weit weniger zu klagen als andere Industriezweige. Aus dem Gewerkschaftsleben ist nichts Wesentliches zu berichten. Alle Lohn- und Arbeitszeitfragen scheinen aufgehoben zu werden, vielleicht bis zu dem Zeitpunkt, wo sich günstigere gewerbliche Aussichten bieten. In der Zwischenzeit spielte die Erörterung finanzieller Fragen eine bedeutende Rolle in der Gewerkschaft. Sie bilden ein schwieriges Problem für die verschiedenen Verbände im Buchdruckgewerbe, weil diese seit langer Zeit für Unterstützungswende mehr ausgegeben müßten als sie erwartet hatten. Namentlich die älteren Mitglieder legen eine gewisse Ängstlichkeit an den Tag wegen der ungesüßmälerten Aufrechterhaltung ihrer Unterstützungsansprüche. — Der Londoner Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter feierte vor kurzem das Jubiläum seines 40jährigen Bestehens. An den aus diesem Anlaß veranstalteten Festlichkeiten nahmen der Minister J. H. Thomas und der größte Zeitungsbesitzer Lord Riddell teil. Beide prisen in ihren Reden die Leistungen des Sekretärs, Kollegen Jaacs, für seinen Verband und für das Gesamtgewerbe. Kollege Jaacs ist seit langem eine bekannte Persönlichkeit im Londoner Zeitungsgewerbe und befindet sich in der neuen Arbeiterregierung das Amt eines Unterstaatssekretärs. — In seiner Heimatstadt Sheffield starb vor kurzem Herr G. E. Stebridge, seit vielen Jahren Geschäftsführer der Firma W. C. Leng & Co. („Sheffield Telegraph“). In der Gewerkschaft war Stebridge allgemein bekannt geworden durch seine erfolgreiche Bekämpfung der Herausgabe von provinziellen Zeitungen am Weihnachtstage. Nach langwierigem Kampf gegen die Zeitungsvorleger gelang es Stebridge im Jahre 1912, seine im Interesse der Zeitungsarbeiter aufgestellte Forderung zu verwirklichen. Aus diesem Grunde stand der Name des Verstorbenen, zumal bei den älteren Zeitungsarbeitern, in besonderer Achtung. — Die große Papiergesellschaft Inverclyde & Co. hat ein großes Stück Land an der Ostküste von Hull gekauft zu dem Zweck, dort eine erkrankliche Papierfabrik zu errichten. Wenn dieses Unternehmen vollendet ist, wird es ungefähr 8000 Leuten Beschäftigung gewähren und außerdem Hull zu einer Papierstadt von größter Bedeutung erheben. — In einer Abstimmlung hat die Scottish Typographical Association (Verband der schottischen Buchdrucker) beschlossen, wieder in den Verband der Buchdrucker und verwandten Gewerbe einzutreten. Die Kollegenchaft in Glasgow, dem Hauptquartier des Verbandes, zeigte eine starke Abneigung gegen diesen Schritt.

Wettbewerb für Normendruckmaschinen

Die Normung der Papierformate, die nicht so jungen Datums ist, wie oftmals angenommen wird, sondern auf Veruche eines Deutschen namens Lichtenberg im Jahre 1790 zurückgeht und die bereits in den ersten Jahren der französischen Revolution Anwendung fand, ist seit mehreren Jahren auch in Deutschland bekannt. Nach langwierigen Verhandlungen mit der papiererzeugenden und der graphischen Industrie stellte der Deutsche Normenausschuß die „Dinormate“ auf, die auf das metrische System aufgebaut sind. Sie wurden von den Behörden und der Industrie als Grundlage für alle Formate anerkannt. Ihr Vorteil liegt für den Erzeuger in der verminderten Zahl der Rohbogengrößen und Rollenbreiten, in der vereinfachten Lagerhaltung und in einer geringeren Typenzahl der Maschinen. Dem Drucker sollen sie eine Erleichterung der Papierbestellung und bessere Ausnutzung der Druckmaschinen bringen; für den Verbraucher bedeuten sie eine vereinfachte Papierbeschaffung und leichtere Aufbewahrung von Schriftstücken und Druckmaschinen. Neben der Normung der Formate wurde auch die Druckanordnung einheitlich geregelt. Es sollte damit eine größere Übersichtlichkeit der allgemeinen Druckvermerke und ein leichteres Auffinden der für den Empfänger und Abnehmer wichtigsten Angaben erreicht werden. Für den Schriftsetzer und die Ordnung in der Registrierung ist diese einheitliche Druckanordnung ebenso wichtig wie das einheitliche Format.

Wenn die Einführung dieser Normendruckmaschinen noch nicht allgemein ist und noch auf manchen Widerstand stößt, so blühte dies weniger auf einen Widerwillen gegen die Normung an sich zurückzuführen sein, sondern mehr auf die Unkenntnis der Normeneinstellungen und Vorschriften, die für die verschiedenen Drucksorten gelten. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker der Kollegenchaft durch ein soeben als Beilage in Heft 10 der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlichtes Ausschreiben eines Wettbewerbes für Normendruckmaschinen Gelegenheit bietet, sich eingehend mit diesen Druckmaschinen zu beschäftigen. Unzweifelhaft ist auch, daß den Bedingungen die Vorzüge für Briefbogen, Rechnungen, Briefumschläge und Geschäftskarten mit genauer Angabe für Maße und Druckanordnung beigegeben sind. Mancher Kollege wird dafür dankbar sein, weil er diese Angaben praktisch sehr gut verwenden kann.

Das Ausschreiben ist für Mitglieder des Bildungsverbandes offen, es erstreckt sich auf die Erlangung von Entwürfen für Briefbogen, Rechnung, Briefumschlag, Postkarte und Geschäftskarte. Von jeder Druckmaschinenart wird nur ein Stück gefordert. Der Firmentext und die Papierwahl ist jedem Teilnehmer freigestellt. Es ist Satz und Größe zugelassen, ebenso können ein- und zweifarbige Arbeiten eingereicht werden. Abzüge in mehr als zwei Farben bleiben jedoch unbeantragt. Die Entwürfe müssen mit einem Kennwort spätestens bis zum 1. Dezember d. J. beim Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreißigstraße 5, eingehen. Die Bewertung liegt einem siebentägigen Ausschuß ob, der vom Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker unter Hinzuziehung der technischen Kommission der Ortsgruppe Berlin eingesetzt wird. Als Preis für die Bildungsgewinnung 1000 M. in bar und 15 Bücher der Büchergilde Gutenberg zur Verfügung gestellt.

Es ist wohl anzunehmen, daß sich recht viele Kollegen an dem Wettbewerb beteiligen und durch ihre Entwürfe beweisen, daß die Normung durchaus Raum für eine vielseitige typographische Ausgestaltung der Druckmasse läßt; denn es ist ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß mit der Einheitlichkeit des Formats und der Druckanordnung eine Uniformierung der gesamten Druckmasse eintreten würde. Trotz der engen Grenzen, die dem Setzer in der Raumaufteilung und der Schriftanordnung gezogen sind, bleibt ihm doch für die typographische Gestaltung noch so viel Spielraum, daß er jeder Druckmasse ein individuelles Gepräge geben kann. Die zunehmende Einführung der Dinormate macht es ihm außerdem immer mehr zur Pflicht, sich auch mit der zweckmäßigen Druckausstattung eingehend zu beschäftigen. Der vorliegende Wettbewerb bietet dazu willkommene Gelegenheit, über sein Ergebnis wird später noch berichtet werden.

Korrespondenzen

Frankfurt a. M. (Maschinenseher.) In der gut besuchten Versammlung am 29. September hielt der hiesige Augenarzt Dr. Ernst Wehger einen beachtenswerten und sehr interessanten Vortrag über „Augenkrankheiten unter Berücksichtigung unseres Berufs“. Nachdem der Vortragende über die Funktion des Auges und seine Gefäßführung einige allgemeine Ausführungen gemacht hatte, kam er sehr bald auf die speziellen Anforderungen und Krankheiten des Auges durch unseren Beruf zu sprechen, wobei er hauptsächlich feststellte, daß schlechte Manuskripte, Blei, Bleibühne und ungenügende Sauberkeit und Entlüftung zum Teil über allgemeine Erkrankungen zu Schädigungen führten. Er glaube, daß künstliches Licht bei dem heutigen Stand der Beleuchtungstechnik wohl kaum eine Schädigung der Augen verurliche, ferner behauptete er, daß ein hoher Prozentsatz von Brillenträgern in einem Beruf kein Maßstab für schlechte Augen, sondern eher das Gegenteil richtig sei, da größtenteils in diesem Falle den Augen und seinen funktionellen Störungen mehr Beachtung geschenkt werde. Veränderungen im Sehvermögen bei entsprechendem Alter seien eine allgemeine Tatsache und an keinen Beruf gebunden. Mit einem Appell, darauf hinzuwirken, daß schon bei der Berufswahl, entsprechend den speziellen Erfordernissen, mehr Wert auf den normalen Zustand der Augen gelegt werde, schloß der Referent seine mit starkem Beifall belohnten Ausführungen, die eine längere Diskussion auslösten. Neuaufnahmen, Geschäftliches, Halbjahresabschlussbericht, Technisches, das Kaiserliche Maschinenseherjubiläum und Beschlußfassung über eine Wanderversammlung in Hanau machten den übrigen Teil der reichhaltigen Tagesordnung aus, der flott erledigt wurde.

Greifswald. (Maschinenseher.) Unsere Bezirksversammlung tagte am 29. September in Stralsund. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte Vorsitzender Lehmann das Andenken des beim Sommerausflug in Kloster auf Hiddensee verunglückten Kollegen Wisler. Dann berichtete er über die Lage im Bezirk. Er wies u. a. darauf hin, daß die Spartenkollegen im Gegensatz zu den Handsehern im Bezirk alle vollbeschäftigt seien. Die Berichte der Vertrauensleute ließen erkennen, daß die Lohnverhältnisse in einzelnen Orten nicht zufriedenstellend und äußerst unterschiedlich sind. Scharf verurteilt von der Versammlung wurde die Aderkandenerarbeit einiger Kollegen. Mittel und Wege müßten sich finden, diese zu verhindern. Abschluß wurde dem Kollegen Rehl's für gewissenhafte Kasienführung Entlohnung erteilt. Kollege Dölle (Siedlin) referierte sodann über den Maschinenseherkongress. Leider war die Zeit für den Vortrag nur kurz bemessen. Dennoch verstand es der Redner, den Anwesenden in einer Stunde alles Wichtige zu berichten. Er fand daher auch aufmerksame Zuhörer. Der nächste Punkt der Tagesordnung brachte einen Antrag der Ortsgruppe Stralsund, den Beitrag auf wöchentlich 10 Pf. zu reduzieren. In sehr kurzer Ausprache wurde für und wider den Antrag gesprochen. Schließlich stimmte die Versammlung einem Vorschlag zu, den bisherigen Beitrag von 20 Pf. aufzuteilen, und zwar soll der Bezirk 15 Pf., die Gauvereinsung für eine eventuell zu gründende Kasse 5 Pf. erhalten. Sollten die übrigen Bezirke zu dem Vorschlag, 5 Pf. für die Gauvereinsungsgasse zu entrichten, nicht ihr Einverständnis geben, so wird die nächste Bezirksversammlung sich erneut mit der Beitragsfrage beschäftigen. Mit der Wahl des nächsten Tagungsortes (Greifswald) fand die äußerst anregende Versammlung ihren Abschluß. — Ein gemeinsames Mittagstisch schloß sich an.

Hamburg. (Maschinenseher.) Unsere Versammlung am 29. September wies einen guten Besuch auf. Vorsitzender Natho wies auf die zunehmende Arbeitslosigkeit hin, wovon besonders die Linotypsetzer betroffen werden. In einem größeren Zeitungsbetriebe fand weitere Entlohnungen infolge Rationalisierung zu erwarten. Unter

den Eingängen waren eine Anzahl Broschüren der Fabrik Stempel: „Wie die Linotype-Matrize entsteht“, zu verzeichnen, die an die Kollegen verteilt wurden. Zu dem Punkt „Unser diesjähriges 30. Stiftungsfest“ wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten betraut. Hierauf referierte Kollege Wilhelm Wafmann über: „Der Typograph“. Ausgehend von der Gründung dieses Systems, wurde seine Entwicklung bis zur heutigen Vollkommenheit geschildert. Die Flucht vom Typo zur Linotype in den letzten Jahren wurde einer eingehenden Betrachtung unterzogen. In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Vortragende die zum Patent angemeldete Matrizenpresse- und Zeilenpressmaschine, und zum Schluß besprach er die letzten Neuerungen am Typograph. Leider Beifall wurde ihm für seine interessanten Ausführungen zuteil. Sodann wurde noch ein Artikel aus der Feilschrift: „Kommen die Schnellsehmaschinen?“ verlesen und die darin gemachten Ausführungen den Kollegen zum Nachdenken empfohlen.

Hamburg-Altona. (Korrektoren.) Vierteljahrbericht. Um die Mitglieder unserer Sparte auch einmal zur gegenseitigen Unterhaltung zusammenzuführen, fiel die Jubiläumsversammlung aus, und dafür wurde am 14. Juli ein Ausflug mit Damen unternommen, der die Teilnehmer nach einem idyllisch gelegenen Flecken Erde von Bergedorf ins Billtal führte. — In der am 17. August einberufenen Versammlung gab Vorsitzender Rehlen, 56 e einen ausführlichen Bericht über den Korrektorenkongress in Frankfurt a. M. Er schilderte die Entwicklung der 25 Jahre bestehenden Korrektorensparte und gab eingehende Erklärungen zu der Arbeit mit den beruflichen Fragen der Korrektoren. Er wies auf die Änderungen der Satzungsbestimmungen über die Anzahl und Wahl der Abgeordneten zu den Korrektorenkongressen hin und betonte, daß die Hamburger Anträge auf Erhöhung des Beitrags und Errichtung eines Sprachamts Annahme gefunden hätten. Die Ausführungen gaben ferner zu erkennen, daß der Korrektorenkongress bemüht war, gangbare Wege zur Abstellung der vielfach noch vorhandenen Berufsschäden zu finden. — Die Versammlung am 29. September hatte darüber zu beraten, ob die Jubiläumfeier unseres Vereins in nächsten Jahre mit einem Nordwestdeutschen Korrektorenkongress zusammengelegt werden sollte. Die Versammlung entschied sich für getrennte Abhaltung und beauftragte den Vorstand, in nächster Zeit geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Hannover-Land. In unserer Bezirksversammlung am 20. September in Hannover konnte Kollege Fahj 88 Kollegen begrüßen. Nach der Ehrung eines Verstorbenen und eines Jubilars sprach Gauvorsitzer Pfingstgen über das Thema: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts“. Ausgehend von der Entstehung des Arbeitsrechts, sprach der Redner über die Bestrebungen zu dessen Vereinheitlichung. Er umriß scharf die Forderungen, die wir an das werdende Arbeitsrecht stellen und erkannte an, daß das Arbeitsgerichtsrecht zur einheitlichen Aufassung in arbeitsrechtlichen Fragen beigetragen habe. Ein absolutes Recht im Zivil- oder Arbeitsrecht gebe es nicht; es komme darauf an, wie die Organe der Rechtsprechung, insbesondere die Arbeitsrichter und der Prozeßvertreter, dem Urteil den Stempel ihrer Rechtsauffassung aufzubringen verstanden. Der Redner behandelte dann die Aufassung arbeitsgerichtlicher Rechtsprechung in den Fragen der Unabdingbarkeit des Tarifvertrags, in der Urlaubfrage, in der Schadenersatzfrage, in der Schwerbeschäftigtenfrage usw. Der interessante Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Wir unterbreiteten den Schlußappell des Kollegen Pfingstgen, überall für die Stärkung der Macht der Arbeiterklasse einzutreten. Von der Macht der Arbeiterklasse hängt es ab, wie die zukünftige Entwicklung des Arbeitsrechts sich gestaltet. Aus dem Geschäftsbericht sei erwähnt, daß der Bezirk am Anfang des zweiten Vierteljahres 191 Mitglieder hatte, am Schluß 204. Die Einnahmen im zweiten Quartal betragen 1375 M., die Ausgaben 774 M., der Kassenbestand 601 M. An Rückvergütung sollen die Orte pro Beitrag 5 Pf. erhalten. Die Arbeitslosigkeit im Bezirk ist im Laufe dieses Jahres dauernd im Steigen begriffen. Der Bezirksbeitrag wurde vom 1. Oktober an um 5 Pf. erhöht. Die Sterbefallunterstützungsgasse wurde aufgehoben; das vorhandene Vermögen erhält die Bezirkskasse. Die nächste Bezirksversammlung soll in Wunstorf stattfinden.

Kaiserslautern. Unsere am 29. September in Zweibrücken abgehaltene Bezirksversammlung hatte einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Mitteilungen wurde der Kassenbericht erlassen. Anschließend daran referierte Vorsitzender M a über das Thema „Der Kampf um die Arbeitslosenversicherungsreform“. Seine Ausführungen beendete er mit dem Mahnruf, daß die Arbeiter bald erkennen müßten, daß der Feind rechts stehe und daß man nur durch eine geschlossene Einheit zum Ziele kommen könne. Lebhafter Beifall zeugte von dem dargebrachten Interesse. Einige Disziplinierungsreden überzeugte der Referent in seinem Schlußwort. Als weiterer Redner erhielt Kollege Rehl den das Wort zu seinen Ausführungen des Verbandsstatutats. In einigen Worten machte er auf die verschiedenen Änderungen der Paragraphen aufmerksam. Unter „Verschiedenem“ nahm die Versammlung zur Mantelartikeländerung Stellung. Es wurde betont, daß der Mantelartikel abänderungsbedürftig sei. Der Vorsitzende berichtete dann über den Verlauf der Versammlung am 22. September in Kaiserslautern zwecks Gründung einer Handsehervereinsung, in der Kollege Siedler (Berlin) referierte. Zum Schluß wies er noch auf den Abszundensanflug hin und daß diesem im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen Einhalt geboten werden muß. Mit dem Wunsch, daß die nächste Bezirksversammlung besser besucht werde, wurde die Versammlung geschlossen.

A. B. Köln. (Verpöchter eingelebte.) Unsere Bezirksversammlung am 7. September hatte nicht den Besuch aufzuweisen, wie er hinsichtlich der Tagesordnung hätte sein müssen. Das Andenken von fünf verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Unter „Geschäftlichem“ forderte Kollege Ina 10 die Kollegen auf, sich zahlreich an den Lehrgängen des Freigewerkschaftlichen Seminars zu

beteiligen. Der Vorsitzende führte der Versammlung noch einmal, wie schon so oft, die Bedeutung unrer Arbeit für und in der Lehrlingsabteilung vor Augen und ermahnte zur regen Mitarbeit in der Lehrlingsverbände. Für den Kassenericht wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Kollegen ten Eidelde und Wendt berichteten sodann über den Gantag in Bochum. Beide Berichte wurden debattelos entgegengenommen. Unter „Verschiedenem“ setzte eine lebhafte Aussprache ein über Mittel und Wege zur Hebung unrer Versammlungsbefehes. Die Aufsicht der Kollegenchaft wurde von allen Disziplinarmaßnahmen gerügt. Aber auch an einen großen Teil der Vertrauensleute erging die dringende Mahnung, sich ihrer Pflichten mehr als bisher bewußt zu sein. Allgemein wurde angeregt und vom Vorstand akzeptiert, in den nächsten Wochen eine Vertrauensmännerversammlung einzuberufen zwecks Herbeiführung einer eindeutigen und ausgiebigen Aussprache. Nach Erledigung einiger interner Betriebsangelegenheiten fand die antregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Leipzig. (Handseher.) Nach einer kurzen Sommerpause fand eine Mitgliederversammlung mit Damen am 3. Oktober im „Vollshaus“ statt. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte Kollege Wolfram bekannt, daß der Vortrag „Unsichtbare Mächte“ infolge schwerer Erkrankung des Referenten nicht gehalten werden kann und an dessen Stelle der Film „Colin Roß, mit dem Kurbeskafen um die Welt“ gesetzt wurde. Der Vortrag „Unsichtbare Mächte“ wird in einer späteren Versammlung stattfinden. Des weiteren machte Kollege Wolfram auf die große Arbeitslosigkeit der Handseher aufmerksam und ersuchte um Vermeidung der Überstunden. Die jüngeren Kollegen wurden auf die von uns veranstalteten Fortbildungskurse des Winterhalbjahrs 1929/30 hingewiesen. Ferner wurde Mitteilung gemacht von dem Resultat der am 1. Oktober abgenommenen Mitgliederbestandsaufnahme, von der Übergabe der zentralen Geschäfte nach Berlin und zum Schluß von der erprobtesten und umfangreichsten Tätigkeit der Berechnungskommission. In der heutigen Zeit der Rationalisierungsbestrebungen in der Handseherabteilung muß die Tätigkeit der Berechnungskommission nicht nur für die Wert- und Arbeitsseher — in letzter Zeit wurde sie sogar von den Kollegen einer großen auswärtigen Tageszeitung in Anspruch genommen — ganz besonders anerkannt werden. Der lehrreiche Film „Colin Roß, mit dem Kurbeskafen um die Welt“ wurde von allen Versammlungsteilnehmern gut aufgenommen. Dessen Bildaufnahmen von einer Weltreise fanden das größte Interesse.

Wrocław. Am 29. September in Willshim abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich leider seines guten Besuches zu erfreuen. Vorsitzender Cetz begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Gaurortseher Sandfort (Freiburg), die als Gäste anwesenden Kollegen Scherer (Freiburg), Scherzinger (Darmstadt) und einige Kollegen aus Basel. Vom Freiburger Buchdrucker-Gesangsverein hatte sich eine Anzahl Sänger eingefunden, die unsre Tagung mit einem Liedervortrag einleiteten. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß in unserm kleinen Bezirk 16 Kollegen auf dem Pfahler liegen, eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht wurde. Der Vorsitzende mahnte die Kollegen, Solidarität zu üben und jede unnötige Überstunde zu vermeiden. Die hohe Zahl von Lehrlingen wirkte sich in unserm Bezirk ganz besonders zuungunsten der Gehilfen aus. Bei der nächsten Revision des Manteltarifs müsse der Lehrlingskatal mehr Beachtung geschenkt werden. Einige Prinzipale haben sogar versucht, noch mehr Lehrlinge einzustellen, was jedoch durch das energische Einschreiten des Bezirksvorstandes verhindert wurde. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt Kollege Saborski ein Referat über die Arbeitslosenversicherung, wofür ihm die Versammlung durch lebhaften Beifall dankte. Die Aussprache und Stellungnahme zur Gründung einer Handseherparke wurde bis auf weiteres verschoben. — Am Nachmittag fand die Ehrung von zwei Kollegen statt. Hier waren es wieder die Freiburger Sängerkollegen, die diese erhabende Feier durch einen Liedervortrag einleiteten. Der Vorsitzende überreichte nach einer kurzen Ansprache dem Kollegen Alfred Ritter für seine 25jährige Werbandszugehörigkeit eine Ehrenurkunde, dem Kollegen August Hensler wurden für 25jährige Tätigkeit als Bezirkskassierer vom Gau und Bezirk Geschenke überreicht. In einer von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Ansprache würdigte der Gaurortseher die Verdienste des Bezirkskassierers, der in treuer Pflichterfüllung und Hingabe seines Amtes waltete. Ansre unermüdblichen Sängerkollegen füllten den Rest des Tages durch Liedervorträge aus, wofür ihnen auch an dieser Stelle bestens gedankt sei.

Lübeck. (Handseher.) Nunmehr ist auch in Lübeck eine Handsehervereinigung aus der Taufe gehoben worden. In der Gründungsversammlung am 7. September referierte Kollege Schön (Hamburg) über das Thema „Warum müssen alle Handseher in ihrer Sparte organisiert sein?“ Mit Interesse folgten die Kollegen seinen Ausführungen. Erst 32 von rund 130 Handseher zählten wir zu unsern Mitgliedern. Hoffentlich werden auch die noch Fehlenden bald den Weg zur Sparte finden.

Münster i. W. (Maschinenseher.) Ansre Versammlung am 29. September wurde in Verbindung unrer erkrankten Vorsitzenden Mitte dem Kollegen Althoff geleitet. Unter „Geschäftlichem“ behandelte er ein unerhörtes Vorkommnis unter Mitgliedern in einer hiesigen kleinen Druckerei, das mit der Entlassung eines Kollegen endete. Weiter teilte er einige Zahlen über die Kosten des Frankfurter Maschinenseherkongresses mit und bat die Mitglieder um gewissenhafte Ausfüllung und pünktliche Zurücksendung der Fragebogen für die im November von der Zentralkommission geplante Statistik. Dem Kassierer Höfke wurde für seine prompte Kassenerführung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Unter „Verschiedenem“ wurde u. a. angeregt, zu versuchen, den Wertfilm der Metzgerhafer Sehmajchinenfabrik in Münster vorgeführt zu erhalten.

Nordhausen. Am 22. September hielt der Bezirk Nordhausen seine Herbstbesitzerversammlung in Sangerhausen ab. Die Kollegenjahre, sehr groß an Zahl, wurde mit Musik vom Bahnhof abgeholt. Am 9 Uhr wurde die Versammlung vom Bezirksleiter Schröder eröffnet. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles berichtete der Vorsitzende über den Gantag in Magdeburg. In der Aussprache wurde regste Beteiligung gezeigt. Allgemein war man mit der Arbeit des Gantages einverstanden. Zu den dann folgenden Situationsberichten aus den Druckereien muß tabeind erwähnt werden, daß die kleinen Druckereien, die doch ihrer geringen Kollegenzahl wegen gewerkschaftliche Schulung so bitter nötig haben und das Anleihen an größere Orte brauchen, zu wenig Interesse zeigen und den Bezirksversammlungen fernbleiben. Das muß unbedingt anders werden. Von den andern Orten wäre zu bemerken, daß die Arbeitslosenzahl eine immer größere wird. Das sollte ein Grund mehr sein für uns, jede über das geschäftliche Maß gehende Überstunde abzulehnen. Unter „Verschiedenem“ wurde u. a. die Wahl des nächsten Tagungsortes der Bezirksversammlung besprochen. Es wurde dem Bezirksleiter überlassen, Tag und Ort zu bestimmen. Anschließend an die Versammlung feierte der Sangerhäuser Ortsverein sein 25jähriges Bestehen. Vereint in echter Kollegialität, hieß man bei Humor und Tanz bis in die frühesten Stunden des nächsten Tages zusammen.

Kürnberg. In unsrer Versammlung am 28. September wurde durch den Vorsitzenden Grösch das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt. Darauf erhielt Stadtrat Schamberger das Wort zu seinem Referat: „Gemeindepolitik“. In anderthalbstündigen Ausführungen streifte dieser die Arbeitsleistung der Vertreter im Gemeinderat. Von Wichtigkeit für die Versammlungsteilnehmer waren besonders die Aufführungen über Gemeindebetriebe; ebenso über die Tätigkeit unrer Stadtwärter in der Preispolitik und über Gemeindeumlagen, Schulwesen und Kennmittelfreiheit (die wir in Nürnberg vollständig haben). Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Referent auf die kommenden Gemeindevahlen hin und ersuchte, das Gehörte aus der Versammlung hinaus auf alle Werttätigen zu übertragen. Vorsitzender Grösch dankte unter Beifall dem Referenten für seine Ausführungen und bat, für einen günstigen Ausgang der Gemeindevahlen zu sorgen. Darauf gab Kollege Brandmüller den Kassenericht über das zweite Quartal. Anschließend ließ er einen Bericht über die gegenwärtige Lage im Gewerbe folgen und betonte, daß die Kollegen mehr wie je mit Rücksicht auf unsre 20 arbeitslose Kollegen die tariflichen Bestimmungen beachten müßten. Er unterrichtete die Versammelten davon, daß es Unternehmern gibt, die trotz der großen Not, die unter unsern Volksgenossen herrscht, ganz enorme Aufträge in valutatishwachen Ländern (Tschechoslowakei und Frankreich) ausführen lassen, um ihre Profite noch mehr zu steigern, während bei unsern Kollegen die Not eingekoppelt ist, und daß diese Machinationen den Kampf der Unternehmer gegen das Erwerbslosenversicherungsgefeß bedeuten. Unter „Mitteilungen“ gab Kollege Grösch einen Bericht über die Ausführung der Ortskrankenkasse und hob besonders den Ankauf eines Grundstücks als Genesungshaus hervor sowie alle Wohlfahrtseinrichtungen der Kasse. Zum Schluß wurden die Kollegen zum Besuch der Betriebsrateliste und des Offenen Jahresaaes aufgefordert.

Waldenburg i. Schl. In Schweidnitz fand am 29. September unsre stark besuchte Herbstbesitzerversammlung statt. Sie wurde durch zwei Lieber, vorgetragen vom gemischten Chor des Volkshors Schweidnitz, eingeleitet. Nach den Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden Grösch entboten ebenfalls der Vorsitzende des Ortsvereins Schweidnitz, der Gaurortseher des Graphischen Hilsarbeiterverbandes und der zweite Vorsitzende des Ortsauschusses. Wie bisher wurde für die Arbeitslosen und Invaliden ein Betrag von 5 M. außer den Diäten bewilligt. Die Durchreisenden erhielten 5 M. und Mittagbrot. In üblicher Weise wurde zweier verstorbenen Kollegen gedacht. Kollege Grösch gab nun einen Bericht von der Bezirksortseherkonferenz. Ganz besonders wies er auf die Neufassung der Unterfüllungsparagrafen hin. Hierauf berichtete Kollege Ermisch von der Bezirkslehrerleiterskonferenz. Gaurortseher Fiedler hielt sodann einen Vortrag über das Thema: „Betriebsrateliste und Arbeitsgerichte“. Beispiele aus der Praxis anführend, überzeugte er die Kollegen von der Wichtigkeit der Betriebsräte und ihrer Funktionen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß jeder Betriebsrat vollen Gebrauch von den ihm zustehenden Rechten machen muß. Nur genaueste Befolgung des Gesetzes führen bei Differenzen zum vollen Erfolg beim Arbeitsgerichte. Dieser Vortrag wird den Kollegen gedruckt zugänglich gemacht werden. Zum Schluß machte Kollege Fiedler davon Mitteilung, daß ein Antrag gestellt worden ist, die Buchdrucker in die Krisenunterstützung einzubeziehen. Mit Beifall wurde sein Vortrag aufgenommen. Die nächste Versammlung findet im Vorort Waldenburg statt.

Weimar. Das Vabelfürstliche Werk am 29. September Tagungsort für eine gut besuchte Bezirksversammlung in Weimar, in deren Mittelpunkt ein Vortrag des Kollegen Hoenlke (Merseburg) über das Thema „Was sind die Aufgaben der Betriebsräte“ stand. Ausgehend von den Grundlagen des öffentlichen Rechts, gliederte der Redner die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Funktionen der Betriebsräte, gab ein klar umrissenes Bild von den Rechten und Pflichten derselben und deren Aufgabe, sich die Funktionen des Arbeitsrichters zu eignen zu machen; ausstufend in einer allgemeinen Betrachtung des Wesens des Arbeitsrechts und der Aufgaben der Gewerkschaften, insbesondere das Arbeitsrecht zu achten und zu ehren. Eine ausgiebige Aussprache brachte Klärung über Fragen, die in der Auslegung des Gesetzes nicht eindeutig sind. Als weiteres Hauptthema nahm die Versammlung den Bericht der Bezirksortseherkonferenz in Weimar zur Kenntnis, erlattet durch Kollegen H. Menge. Die Aussprache hierüber löste teilweise heftige Kritik aus. Insbesondere sahen einzelne

Redner in der beschlossenen Aufhebung der bisherigen Verwaltungsbezirke eine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Bezirke. Der beschlossene Ertragsbeitrag zur Unterfüllung der ausgesteuerten Erwerbslosen wurde teilweise für zu niedrig erachtet und zur Verminderung der Arbeitslosenzahl die Verminderung von Überstunden gefordert, andernteils aber auch eine Verteuerung der Überstunden in Erwägung gezogen. Die notwendige Anstellung eines dritten Gaurortseherstellen sei ebenfalls einige Gegner mit Argumenten auf den Plan, deren Haltlosigkeit aber nach eingehender Begründung fraglich erschien. In der Abstimmung wurden die Beschlüsse der Konferenz gegen vier Stimmen gutgeheißen. Den Rest der Tagung, die bis in die späten Mittagsstunden dauerte, füllte die Erledigung organisatorischer Fragen aus.

Zschopau. Nun haben auch wir Zschopauer Kollegen unsern schon längst fälligen Ortsverein gegründet. Ins Rollen kam der Stein anläßlich der Feier der 60jährigen Verbandsmitgliedschaft des Kollegen Reinhold Timme, die am 14. September in der „Jagdshänke“ im benachbarten Willshim die hiesigen und auswärtigen Kollegen nebst ihren Damen vereinte. Aus Chemnitz waren erschienen Gaurortseher E. Dertelt und Gaurortseher Grieshammer. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Kollegen M. Kellner (Zschopau) nahm Gaurortseher Dertelt das Wort zu einer Festansprache, das unerschrockene Eintreten des Kollegen Timme für Verbandsinteressen besonders hervorhebend. Den jüngeren Kollegen stellte er den Jubilar als Vorbild in jeder Beziehung hin und ermunterte sie zu rastloser Nachstrebung. Den höchsten Erfolg des Abends aber, erblühte Kollege Dertelt in der Laufe des jungen Ortsvereins Zschopau. Der Abend zief noch weitere Redner auf den Plan, die alle einen engen Zusammenhluß der hiesigen Kollegen forderten. Im übrigen aber kamen Wort, Gesang und Tanz zu ihrem Recht, wobei gar bald eine echte kollegiale Stimmung herrschte. Spät war es geworden, als man aus Nachhaufgehen dachte, und allen beteiligten Kollegen wird dieser so harmonisch verlaufene Abend in hieser angenehmer Erinnerung bleiben. — Ansre erste Versammlung fand am 30. September statt. Kollege M. Kellner begrüßte die erschienenen Kollegen und wies noch einmal auf die Bedeutung des Abends hin. Bei der Vorstandswahl wurden u. a. als erster Vorsitzender Kollege Kellner und als Kassierer Kollege Schmidt gewählt. Der Ortsbeitrag wurde auf 20 Pf. festgelegt. Als Versammlungstag soll der letzte Sonntag des Monats gelten. Das Geschäftliche war damit erledigt. Kollege Timme sprach noch einige Dankesworte. Mit Befriedigung stellte er fest, daß nun sein leibhaftiger Wunsch erfüllt ist durch das Insibetreten des Ortsvereins. Kollege Kellner dankte im Schlußwort allen Anwesenden für die Aufmerksamkeit und Beifälle bei der Konstituierung des Vereins, dessen rege Unterfüllung jedes Mitglied als unabweisbare Pflicht betrachten möge.

Allgemeine Rundschau

Nachnamenswerte Beispiele. Anläßlich des 25 jährigen Bestehens der Arbeiter-Druckerei Dessau („Vollshim für Anhalt“, SPD.) erhielten die Jubilare eine goldene Uhr mit Widmung. Allen Beschäftigten wurde außerdem ein halber Wochenlohn extra ausgezahlt. Allen Kollegen, die in der Folgezeit auf eine 25jährige Beschäftigung im Betrieb zurückblicken können, soll jedesmal eine goldene Uhr überreicht werden.

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand im graphischen Gewerbe Ende September 1929 (herausgegeben am 16. Oktober) waren vorhanden bei den Buchdruckern 11,5 Proz. Vollarbeitslose und 0,7 Proz. Kurzarbeiter (gegen 10,8 Proz. bzw. 0,4 Proz. Ende August); bei den Buchbindern 11,0 Proz. Vollarbeitslose und 10,5 Proz. Kurzarbeiter (gegen 12,5 Proz. bzw. 13,0 Proz.); bei den Lithographen und Steinbruckern 11,5 Proz. Vollarbeitslose und 3,3 Proz. Kurzarbeiter (gegen 10,6 Proz. bzw. 8,2 Proz.); bei den Hilsarbeitern 9,0 Proz. Vollarbeitslose und 2,0 Proz. Kurzarbeiter (gegen 8,5 Proz. bzw. 1,6 Proz.). Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende September auf 9,8 Proz. bzw. 6,5 Proz. (gegen 9,0 Proz. bzw. 6,7 Proz. Ende August).

Die Verwaltungskosten der Gewerkschaften. Von den „ungeheuren“ Verwaltungskosten der Gewerkschaften und von den „hohen Aufwendungen“ der Sozialversicherungsträger ist in der Unternehmerpresse aus sehr durchsichtigen Gründen immer von neuem die Rede. Immer wieder wird dort behauptet, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der Ausgaben auf Verwaltungskosten entfalle. Die in Nr. 30 der „Gewerkschaftszeitung“ bekanntgegebenen Zahlen über die Entwicklung der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde angehörenden Gewerkschaften sind dem Unternehmertum anscheinend mächtig in die Glieder gefahren. Eine Einnahme von 220 Millionen Mark und eine Ausgabe von 189 Millionen Mark, das sind Zahlen, von denen man sich nie hätte träumen lassen. Aus diesem Grunde wird versucht, an einigen Ausgabeposten herumzukitteln und auf diese Weise das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften zu erschüttern. Unter Vorantritt der scharfmacherischen „Bergerwerkszeitung“ nahm sich die Unternehmerpresse und in ihrem Gefolge die Provinzpresse (z. B. die „Baugener Nachrichten“) den Kosten Verwaltungsausgaben vor. Dieser seit mit 62,2 Millionen Mark oder 27,6 Proz. außerordentlich hoch. Aber die eben Streiter gehen noch einen Schritt weiter und rechnen ganz einfach die Kosten „Sonstige Ausgaben“ zu den Verwaltungskosten. Auf den auf diese Weise errechneten Betrag von 64 Millionen Mark wird sodann losgehaut. Keine wirtschaftliche Einrichtung und kein Unternehmen könnte sich solche Verwaltungsausgaben erlauben, so heißt es dann in demagogischer Weise weiter. Als demokratische Organt-

